

## Aus dem Inhalt

<b>Köln</b>	
Wittke: Hauptschule nicht mit aller Gewalt erhalten	2
<b>Düsseldorf</b>	
Gewalt gegen Polizisten in NRW nimmt zu	5
<b>Essen/Düsseldorf</b>	
Kritik am Boykottaufruf zur Papstrede im Bundestag - EAK-Vorsitzender Rachel spricht von „Schande“	7
<b>Neuss</b>	
Früherer Kirchentagspräsident Meusel wird 75 Jahre alt	8
<b>Mainz/Meisenheim</b>	
Pilotprojekt: Geistig behinderte Schüler an zwei Gymnasien	11
<b>Bad Oeynhausen</b>	
Diakonische Stiftung bittet Opfer um Vergebung	12
<b>Köln</b>	
Gefährlicher Badespaß - Nur jedes zweite Grundschulkind kann sicher schwimmen	15
<b>Koblenz</b>	
Agrarpolitik für Bauern - Bundesweite Kampagne „Meine Landwirtschaft“ stellt Großplakate vor	18
<b>Köln</b>	
GEZ nahm 2010 erneut weniger Rundfunkgebühren ein	19
<b>Düsseldorf</b>	
Die städtischen Bühnen in Deutschland haben sich aus der Schockstarre befreit	22
<b>Impressum</b>	26

## Familienministerium setzt auf gesellschaftliches Engagement Älterer

Bonn (epd). Das Bundesfamilienministerium möchte mehr Senioren für gesellschaftliches Engagement gewinnen. Älteren Menschen sollten heute neue Wege für Selbst- und Mitverantwortung in der Zivilgesellschaft auch über Familiengrenzen hinaus geebnet werden, sagte Ministerialdirektor Dieter Hackler am Montagabend auf einer Tagung in Bonn. „In einer Gesellschaft des langen Lebens stecken enorme Kräfte: die Zeit und die Bereitschaft gerade der Älteren, Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren.“

Dank der zunehmend guten gesundheitlichen Verfassung rücke bei den Älteren ein neuer Aspekt in den Fokus: die aktive Gestaltung der geschenkten Lebensjahre, sagte der Leiter der Abteilung „Ältere Menschen“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. „Unsere Gesellschaft braucht gerade vor dem Hintergrund des demoskopischen Wandels dieses selbst organisierte Engagement der Senioren.“

Willige Freiwillige dürften dabei aber nicht mit ihren Ideen alleingelassen werden, forderte Hackler. Kommunen müssten sich hier mit Wohlfahrtsverbänden und Kirchen vernetzen, um die Organisation zu übernehmen. Es gebe bundesweit positive Beispiele, bei denen gerade von aktiven älteren Menschen angeschobene Initiativen gemeinsam mit Kommunen und Verbänden identitätsstiftende Projekte echter Begegnungszentren auf die Beine gestellt hätten. Der Neubau herkömmlicher Altenheime sei damit vermieden worden.



Das Familienministerium schaffe geeignete Rahmenbedingungen, mit denen noch mehr Menschen für das bürgerschaftliche Engagement gewonnen werden könnten, unterstrich der Ministerialdirektor. Als vorbildlich bezeichnete er dabei das bundesweite Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“. Beispielhaft sei etwa ein Integrationsprojekt im Bonner „Haus der Familie“ der evangelischen Thomas-Kirchengemeinde. Hier unterstützen ehrenamtliche Senioren Kinder mit Migrationshintergrund durch Hausaufgabenhilfe und Patenschaften. Das Ministerium unterstütze zudem den „Freiwilligendienst aller Generationen“, bei dem gerade auch ältere Menschen angesprochen seien.

Auf die Gefahr, dass die Kirchen in Zukunft nicht mehr im bisherigen Maße auf das freiwillige Engagement der älteren Generation bauen können, verwies der Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Gerhard Wegner. Es sei durch wissenschaftliche Studien vorauszusehen, dass sich insgesamt das Level von Kirchlichkeit und Religiosität bei den Älteren senken werde. „Wenn man so will, sind dann die weltlichen Verheißungen der Moderne endlich auch bei den Alten angekommen“, sagte Wegner. Die Kirche müsse sich mit dieser neuen Situation auseinandersetzen.

## **Wittke: Hauptschule nicht mit aller Gewalt erhalten**

Köln (epd). Der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Oliver Wittke, will nicht „mit aller Gewalt“ an der Hauptschule festhalten. „Wir müssen als CDU schlicht zur Kenntnis nehmen, dass die Hauptschule in weiten Teilen des Landes nicht mehr nachgefragt wird“, sagte Wittke am Montag im WDR. „Wer nicht bereit ist, Reformen einzuleiten und die Realität zu akzeptieren, der wird am Ende von den Eltern abgestraft.“

„Ich glaube, dass langfristig die Hauptschule nicht mehr als Hauptschule existieren wird“, sagte Wittke weiter. Dort, wo sie funktioniere, etwa in ländlichen Bereichen, solle sie aber nicht gleich abgewickelt werden, sondern noch weiter arbeiten können. In großen Städten im Ruhrgebiet oder dort, wo die Hauptschule nicht mehr nachgefragt werde, solle sie aufgelöst werden können. Die Hauptschulabschlüsse müssten aber erhalten bleiben, forderte der CDU-Generalsekretär. „Das können Verbundschulsysteme oder integrierte Schulsysteme leisten.“

Mit Blick auf die Beratungen der Bundes-CDU über ein neues schulpolitisches Konzept, das neben dem Gymnasium nur noch eine „Oberschule“ vorsieht, sagte Wittke, er rechne bis zum Bundesparteitag im November mit einem munteren Diskussionsprozess, aber am Ende mit einer einheitlichen Position. Diese müsse aber „Möglichkeiten für Unterschiede in den einzelnen Bundesländern lassen.“

## Gesellschaft